

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

30. Jahrgang

Berlin, den 20. Dezember 1963

Nummer 51/52

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahreswende 1963/64

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin
Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv
Hamburg
Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung
Braunschweig-Völkenrode
Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung, Essen

Abgeschlossen in München am 13. Dezember 1963

Die Lage der Weltwirtschaft

Im zweiten Halbjahr 1963 hat sich das wirtschaftliche Wachstum sowohl in Westeuropa als auch in Nordamerika leicht beschleunigt. Die Ausnutzung der Produktionsfaktoren ist vielfach gestiegen. In einzelnen westeuropäischen Ländern hielten die Spannungen unvermindert an und führten zu erheblichen Preissteigerungen. Der von diesen Ländern ausgehende starke Einfuhrsog trug erheblich zur Ausweitung des inner-europäischen Handels bei. Der Welthandel nahm stärker als bisher zu. Dabei erhöhte sich nicht nur der Austausch der Industrieländer untereinander, sondern auch der Handel mit den Entwicklungsländern. Die Verbesserung ihrer außenwirtschaftlichen Lage wurde durch die anhaltende Befestigung der Rohstoffpreise begünstigt.

Konjunkturaufschwung in den Vereinigten Staaten gewann neue Kraft

In den Vereinigten Staaten befindet sich die Wirtschaft seit Frühjahr dieses Jahres in einer neuen Aufschwungsphase. Das Bruttosozialprodukt nahm von Ende vorigen bis Herbst dieses Jahres nominal um reichlich 5 vH, real um knapp 4 vH zu (saisonalbereinigte Jahresrate). Träger der wirtschaftlichen Expansion sind nach wie vor der private Verbrauch, die Ausgaben der öffentlichen Hand sowie neuerdings die privaten Anlageinvestitionen, während die Lagerinvestitionen eine rückläufige Tendenz haben.

Der konjunkturelle Aufschwung hatte bisher nur einen geringfügigen Rückgang der Erwerbslosigkeit zur Folge. Zwar nahm die Beschäftigtenzahl stetig zu, jedoch kaum mehr als im Rahmen des relativ hohen Zugangs von Erwerbspersonen; daher sank die Arbeitslosenquote — unter Ausschaltung saisonaler Einflüsse — bisher noch nicht. Die Investitionstätigkeit hat sich in der Industrie, im Handel, in der öffentlichen Versorgungswirtschaft und in anderen Bereichen im Verlauf dieses Jahres sehr stark erhöht. Die Ausgaben dieser Wirtschaftsbereiche für Bau- und Ausrüstungsinvestitionen dürften im vierten Quartal um 10 bis 12 vH (saisonalbereinigt) über denen des ersten Quartals liegen. Die bisher bekannt gewordenen privatwirtschaftlichen Investitionsplanungen für das nächste Jahr sind zwar sehr uneinheitlich, es ist jedoch anzunehmen, daß sich das Investitionswachstum — möglicherweise abgeschwächt — fortsetzen wird.

Die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben hielt sich im Rahmen des allgemeinen Wachstums. Dagegen sind die Einnahmen der öffentlichen Hand mit einer Jahreswachstumsrate von rund 10 vH beträchtlich stärker gestiegen als das Sozialprodukt und Volkseinkommen, so daß von den überproportionalen Steuerabflüssen, wie immer in einer solchen Konjunkturphase, dämpfende Einflüsse auf den Wirtschaftskreislauf ausgingen. Dies läßt erkennen, daß es von der für das nächste Jahr geplanten Steuersenkung abhängt, ob der Expansionsprozeß in der jetzigen Stärke aufrechterhalten wird, wobei hinzukommt, daß er stärker

werden müßte, um die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Auch unter den veränderten politischen Verhältnissen ist damit zu rechnen, daß die Steuerreformpläne bis zum Frühjahr 1964 vom Kongreß verabschiedet werden. Diese Maßnahme wird sich sowohl auf die Investitionsplanungen als auch auf die privaten Verbrauchsausgaben günstig auswirken. Der private Verbrauch dürfte daher — trotz einiger zu erwartender konjunktureller Abschwächungsfaktoren, insbesondere im Automobilhandel — wahrscheinlich weiter im Ausmaß des verfügbaren Einkommens zunehmen.

Obwohl der Leistungsbilanzsaldo in den ersten drei Quartalen dieses Jahres um etwa 8 vH über dem Wert der entsprechenden Vorjahrszeit lag, hat sich das Zahlungsbilanzdefizit wieder erhöht. Die Ursachen dieser unerwarteten Zahlungsbilanzverschlechterung lagen in einer außerordentlichen Zunahme der Kapitalausfuhr, insbesondere der Ausfuhr kurzfristiger Gelder im zweiten Quartal 1963, die u. a. auf Sonderfaktoren beruhte. Durch die jahrelange schwache Expansion der amerikanischen Wirtschaft und durch die damit verbundenen geringen inländischen Kapitalrenditen und Investitionschancen war außerdem der Drang des amerikanischen Kapitals nach den gewinnträchtigen Kapitalmärkten der wachstumsstärkeren Länder, insbesondere Europas, wesentlich gefördert worden. Noch zu Anfang des Jahres lagen die Anlageinvestitionen nur 5 vH über dem vorangegangenen konjunkturellen Höhepunkt von Mitte 1960. — Auf der anderen Seite zeigte das ausländische Kapital auf Grund der schlechteren Wachstumsaussichten und geringeren Gewinnchancen auf den nordamerikanischen Märkten nur relativ geringe Anlageneigung. Bei anhaltender gesamtwirtschaftlicher Expansion und weiterer Verbesserung des Investitionsklimas in Nordamerika ist zu erwarten, daß von hier aus eine Tendenz zur Verringerung des Netto-Kapitalexports und damit zur Entlastung der Zahlungsbilanz entsteht.

Gleichwohl sollte in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß bei fortgesetzter binnenwirtschaftlicher Expansion auch eine stärkere Zunahme der Einfuhr von Gütern und Diensten zu erwarten ist. Außerdem könnte sich ein anhaltend kräftiges binnenwirtschaftliches Wachstum dämpfend auf den Export auswirken, so daß sich auch der Leistungsbilanz-Überschuß wieder vermindern würde.

Es ist nicht voraussehen, welcher der beiden, von einer anhaltenden Expansion der amerikanischen Wirtschaft ausgehenden, entgegengesetzten Einflüsse sich im Endeffekt als stärker erweisen wird. Es besteht somit keineswegs Sicherheit, daß der seit langem erhoffte Zahlungsbilanzausgleich schon im nächsten Jahr zustande kommen wird.

Auch das Arbeitslosenproblem wird trotz der günstigen konjunkturellen Aspekte kaum im kommenden Jahr zu lösen sein. Angesichts des Zahlungsbilanzungleichgewichts und des nach wie vor bestehenden Defizits im Bundeshaushalt ist nicht mit über das Steuersenkungsprogramm hinausgehenden weiteren wachstumsfördernden Maßnahmen zu rechnen, die zur Verminderung der Arbeitslosigkeit unumgänglich wären.

Gegenwärtiges Expansionstempo in Westeuropa wird anhalten

Das wirtschaftliche Wachstum nahm in Westeuropa im zweiten Halbjahr 1963 wieder zu. Die Beschleunigung erklärt sich zum Teil aus der witterungsbedingten Wachstumsverlangsamung im ersten Halbjahr, zum Teil ist sie aber auch auf eine konjunkturelle Belebung zurückzuführen. Damit dürfte die Zuwachsrate des realen Brutto-sozialprodukts im gesamten Jahr 1963 trotz erheblicher Produktionsausfälle zu Jahresanfang die des Vorjahres von rund 4 vH nahezu wieder erreichen. Das Wachstum nahm vor allem in Großbritannien und in Schweden zu, während es sich im EWG-Raum gegenüber dem Vorjahr etwas verlangsamte. Die Unterschiede im Expansionstempo zwischen den einzelnen westeuropäischen Ländern sind damit beträchtlich geringer geworden.

Zu der konjunkturellen Belebung im zweiten Halbjahr hat in fast allen Ländern die seit dem Frühjahr wieder stärkere Ausweitung des Exports beigetragen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Ausfuhr Westeuropas in die übrige Welt im dritten Quartal um 8 vH gestiegen; die entsprechende Veränderung betrug im ersten Quartal — 2 vH und im zweiten + 4 vH. Die Ausfuhrsteigerung ist nicht nur eine Folge der verbesserten Absatzlage in den überseeischen Industrieländern, sondern sie ist auch auf die Belebung der Nachfrage aus den Entwicklungsländern zurückzuführen. Noch stärker als die Ausfuhren nach außereuropäischen Ländern stieg der inner-europäische Warenaustausch. Die Mehrnachfrage ging besonders von Italien und Frankreich aus, den Volkswirtschaften mit dem weitaus stärksten Einkommensanstieg. Die ausländischen Konkurrenten wurden durch den Preisanstieg in diesen Ländern und durch die zu seiner Bekämpfung vorgenommenen Importerleichterungen begünstigt.

Die außerordentlich starke Zunahme des privaten Verbrauchs in Italien und Frankreich hat bisher angehalten. Auch in den anderen Ländern war die Konsumentennachfrage weiterhin ein maßgeblicher Expansionsfaktor, zumal sich die im ersten Halbjahr eingetretene Verlangsamung nicht mehr fortgesetzt hat. In Großbritannien schlugen sich die staatlichen Konsumförderungsmaßnahmen und die im Zuge der verbesserten Beschäftigung gestiegenen Einkommen seit Jahresmitte in kräftig steigenden Einzelhandelsumsätzen nieder. Die zusätzliche Nachfrage der Konsumenten konzentrierte sich in vielen Ländern Westeuropas im besonderen Maße auf dauerhafte Konsumgüter, vor allem auf Kraftfahrzeuge. Die Zahl der neu zugelassenen Personenkraftwagen erhöhte sich außergewöhnlich stark in Italien, Großbritannien, Frankreich und Schweden, während sie in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich vergleichsweise nur wenig stieg und in der Schweiz sogar abnahm.

Auch der öffentliche Verbrauch nahm in Westeuropa weiterhin erheblich zu, fast durchweg stärker als das Sozialprodukt. In einigen Ländern kam es sogar zu einer Beschleunigung, so in Großbritannien, Frankreich, Schweden und möglicher-

weise auch in Italien. In der Bundesrepublik Deutschland dagegen verlangsamte sich der Zuwachs des öffentlichen Verbrauchs.

Die öffentlichen Investitionen sind in den meisten Ländern im zweiten Halbjahr stärker gestiegen als im ersten. Besonders kräftig nahmen sie in Großbritannien, in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland zu. Da sie sich überwiegend auf Bauinvestitionen erstrecken, erklärt sich die beschleunigte Zunahme im zweiten Halbjahr allerdings zu einem Teil aus den witterungsbedingten Ausfällen zu Jahresanfang. In Großbritannien geht sie außerdem auf die expansionsfördernden öffentlichen Investitionsprogramme zurück.

Die Anlageinvestitionen der Unternehmungen expandierten im allgemeinen weiterhin nur sehr schwach; jedoch zeichnete sich in den letzten Monaten als Folge der gestiegenen Kapazitätsauslastung und der wieder zunehmenden Gewinne in einigen Ländern eine Besserung des allgemeinen Investitionsklimas ab. Die Auftragseingänge haben sich bei den wichtigsten Investitionsgüterherstellern deutlich belebt. In Großbritannien kam der Investitionsrückgang zum Stillstand. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die Lagerinvestitionen für Rohstoffe und Halbwaren im zweiten Halbjahr bereits wieder stärker gestiegen sind. Die zusätzliche Nachfrage kam in beträchtlichem Umfang außereuropäischen Lieferländern zugute. Daraus erklärt sich die kräftige Zunahme der Importe aus Übersee. In Großbritannien führte die erhöhte Lagerhaltung außerdem zu einem Wiederanstieg der Stahlproduktion.

Auf dem Arbeitsmarkt scheinen sich die bisherigen Auflockerungstendenzen in jüngster Zeit kaum noch fortgesetzt zu haben. Die Arbeitslosigkeit lag in den westeuropäischen Ländern in den letzten Monaten zumindest auf dem an sich schon sehr niedrigen Vorjahresstand, meistens aber noch darunter. Umgekehrt war die Zahl der offenen Stellen allgemein — Frankreich ausgenommen — größer als im Vorjahr. Relativ groß sind die Arbeitskräftereserven noch in Großbritannien, wo die Arbeitslosigkeit im Verlauf des Aufschwungs bisher nur langsam zurückging.

Die Löhne entwickelten sich im zweiten Halbjahr wiederum uneinheitlich. Der überaus starke Lohnauftrieb in Italien und Frankreich hat bisher unvermindert angehalten. Nahezu unverändert blieb auch der allerdings weitaus geringere Lohnzuwachs in der Bundesrepublik Deutschland. In Schweden, den Niederlanden und auch noch in Großbritannien schwächte sich der Lohnauftrieb ab. Allerdings sind in den beiden letztgenannten Ländern bereits stärkere Lohnerhöhungen vereinbart worden.

In Italien und Frankreich hielt auch der kräftige Preisauftrieb an. Die Verbraucherpreise waren in den Herbstmonaten in beiden Ländern um annähernd 7 vH höher als vor einem Jahr, in den übrigen westeuropäischen Ländern stiegen die Preise weit weniger. Immerhin haben sich hier die Abschwächungstendenzen, die bis zur Jahresmitte aufgetreten waren, nicht fortgesetzt, sondern wurden von einem wieder leicht beschleunigten

Preisanstieg abgelöst. Die Verbraucherpreise übertrafen den Vorjahresstand zumeist um rund 3 vH, lediglich in Norwegen und Dänemark hat sich der Preisauftrieb weiterhin verlangsamt.

Der Preisanstieg in Italien und Frankreich, der mit zunehmender Dauer die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder weiter zu verschlechtern droht, führte dort zur Aufstellung von Stabilisierungsprogrammen. Sie sollen den Preisauftrieb zum Stillstand bringen, ohne die wirtschaftliche Expansion allzusehr zu beeinträchtigen. Aus diesem Grunde waren die neben Einfuhrerleichterungen und direkten Preiskontrollen ergriffenen restriktiven Maßnahmen auf Kredit- und finanzpolitischem Gebiet, gemessen an der Preissituation, relativ mäßig. Durch die vorzeitige Entlassung von Wehrpflichtigen (Frankreich) bzw. eine Erleichterung der Selbstfinanzierung (Italien) soll andererseits die Produktionsausweitung begünstigt werden. Die doppelte Zielsetzung der Maßnahmen birgt jedoch die Gefahr in sich, daß die bisherigen Schritte zur Inflationsbekämpfung nicht die gewünschten Erfolge haben und somit weitere restriktive Maßnahmen erforderlich werden.

Im ersten Halbjahr 1964 werden die Verschiebungen in der Konstellation der Nachfragefaktoren, die sich im vergangenen Frühjahr anbahnten, tendenziell anhalten. So wird die Ausfuhr in die außereuropäischen Industrie- und Entwicklungsländer weiter steigen. Ferner wird die verbesserte Investitionsneigung in verschiedenen Ländern — darunter allerdings kaum Frankreich und Italien — zu einer allmählichen Belebung der privaten Anlageinvestitionen führen. Auch die Lagerinvestitionen werden sich im allgemeinen erhöhen. Die Zunahme des privaten Verbrauchs wird sich in den meisten Ländern etwa unverändert fortsetzen. Nachdem sie in Großbritannien zunächst vor allem von den steuerlichen Erleichterungen getragen wurde, werden sich in steigendem Maße die konjunkturellen Einkommenserhöhungen auswirken. In Frankreich und Italien dürfte sich die bisher starke Ausweitung des privaten Verbrauchs unter dem Einfluß der Stabilisierungspolitik verlangsamen. Diese könnte dort auch eine Abschwächung der Expansion bei der staatlichen Nachfrage bewirken. In den übrigen Ländern wird sich ihr Wachstum kaum erheblich ändern.

Insgesamt dürfte in Westeuropa die konjunkturelle Expansion etwa im gegenwärtigen Tempo anhalten. Im einzelnen ist in Großbritannien mit einer nochmaligen leichten Beschleunigung, in Italien und Frankreich dagegen mit einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums zu rechnen. Die bisherigen und möglicherweise noch folgenden Stabilisierungsmaßnahmen bilden in diesen beiden Ländern ein beachtliches Unsicherheitsmoment.

Außenwirtschaftliche Situation der Entwicklungsländer nur vorübergehend verbessert

Die Expansion des Welthandels hat sich in den letzten Monaten verstärkt. Nach Zunahmen von rund 5 vH im Jahre 1962 und im ersten Halbjahr 1963 dürfte der Vorjahresstand in der

zweiten Jahreshälfte um 8 bis 10 vH überschritten worden sein. Die Exportsteigerung der Entwicklungsländer hat dabei weiterhin etwa der durchschnittlichen Zunahme entsprochen. Seit der Jahresmitte steigt auch die Einfuhr dieser Länder wieder und trägt damit zur Ausweitung des Welthandels bei.

Wenn die Entwicklungsländer neuerdings der Deckung des Einfuhrbedarfs wieder mehr Raum geben können, so deshalb, weil ihre Währungsreserven zugenommen haben. Zu der Anreicherung der Reserven hat nicht zuletzt die spürbare Verbesserung der Handelsbilanz beigetragen. 1962 war es den Entwicklungsländern erstmals seit mehreren Jahren gelungen, ihren Anteil am Weltexport zu halten. Im ersten Halbjahr 1963 hat sich ihr Anteil sogar leicht erhöht, was indessen darauf zurückzuführen sein dürfte, daß der Export der Industrieländer stärker von den ungünstigen Wetterbedingungen — und zudem durch Streiks — beeinträchtigt war als die Ausfuhr der Entwicklungsländer.

Es ist ungewöhnlich, daß die Entwicklungsländer in einer Phase relativ starker Expansion des Welthandels ihren Anteil an der Weltausfuhr gehalten haben. Dies ist darauf zurückzuführen, daß von der Aufstockung der Rohstofflager in den Industrieländern kräftige Impulse auf die Rohstoffausfuhr der Entwicklungsländer ausgehen. Ein Indiz für die Stärke dieser Impulse sind die relativ großen Preissteigerungen bei einigen Industrierohstoffen, deren Bestände von den Verarbeitern zuvor weitgehend abgebaut worden waren (Blei, Zink, Zinn). Seit dem Frühjahr sind die Ausfuhrpreise der Entwicklungsländer im Durchschnitt höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Die Ausfuhrwerte stiegen also — im Gegensatz zu den letzten Jahren — stärker als die Ausfuhrmengen.

Die Terms of Trade der Entwicklungsländer haben sich bisher kaum verbessert, denn nicht nur ihre Ausfuhr-, sondern auch ihre Einfuhrpreise haben sich erhöht. Der Anstieg der Einfuhrpreise spiegelt die erhöhten Weltmarktpreise sowohl für Fertigwaren als auch für Nahrungsmittel wider. Da nur mit einem leichten Anstieg des Rohstoffpreinsniveaus in den nächsten Monaten zu rechnen ist, andererseits aber auch die Fertigwarenpreise an den Weltmärkten ihre leicht steigende Tendenz beibehalten dürften, ist eine nennenswerte Veränderung der Terms of Trade zugunsten der Entwicklungsländer in der nächsten Zeit nicht sehr wahrscheinlich.

Die Verbesserung der außenwirtschaftlichen Situation der Entwicklungsländer ist durch Einflüsse herbeigeführt worden, die nur vorübergehend wirksam sind. Die Aktivierung der Handelsbilanz ist zu einem erheblichen Teil Folge einer Einfuhrstagnation gewesen, die mit den Erfordernissen wirtschaftlichen Wachstums nicht vereinbar ist. Der Wiederanstieg der Einfuhr wird die Verbesserung der Handelsbilanz sehr bald beenden und möglicherweise in ihr Gegenteil umkehren.

Eine solche Entwicklung ist um so wahrscheinlicher, als nicht damit gerechnet werden kann, daß die Ausfuhr noch lange im bisherigen Ausmaß

zunehmen wird, da schon eine Verlangsamung des Lageraufbaus in den Importländern eine geringere Zunahme der Rohstoffnachfrage zur Folge haben wird. Der Anteil der Entwicklungsländer am Weltexport wird daher in absehbarer Zeit erneut zurückgehen.

Die außenwirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer sind also der Lösung nicht näher gekommen. Die Verbesserung ihrer außenwirtschaftlichen Lage trägt in sich den Keim zu einer erneuten Verschlechterung. Die Forderung nach Gewährung von Entwicklungshilfe zumindest im bisherigen Umfang und eine erhöhte Bereitschaft zur Aufnahme von verarbeiteten Erzeugnissen aus den Entwicklungsländern stellt sich den Industrieländern unter diesen Umständen mit der gleichen Dringlichkeit wie bisher.

Bemerkenswerter Anstieg der Preise industrieller Rohstoffe und der Nahrungs- und Genußmittel

Die Märkte einiger industrieller Rohstoffe zeichneten in jüngster Zeit einen bemerkenswerten Preisanstieg, wobei die NE-Metalle im Vordergrund standen. Eine spürbare Belebung der Nachfrage für den laufenden industriellen Bedarf und umfangreiche Käufe zur Auffüllung der stark reduzierten Lager des Handels und der Verarbeiter hatten einen Rückgang der Vorräte in den Produzentenländern zur Folge. Der Anstieg der Marktpreise für Zinn, Zink und Blei nahm um so schärfere Formen an, als die Anbieter in Erwartung höherer Preise zurückhaltend disponierten und spekulative Transaktionen auf der Nachfrageseite eine zunehmende Rolle spielten.

Von den durchgeführten bzw. in Aussicht stehenden Liquidationen der strategischen Vorräte der Vereinigten Staaten ging kaum eine spürbare Entlastung der Märkte und kein entsprechender Einfluß auf die Marktpreise aus. Auch die Marktinterventionen gemäß dem Internationalen Zinnabkommen erwiesen sich als völlig unzureichend, den Anstieg der Zinnpreise zu bremsen. Dies zeigte wieder einmal, daß die bisher bestehenden internationalen Warenabkommen nicht geeignet sind, extreme Preisentwicklungen von den internationalen Märkten fernzuhalten.

Bei der bemerkenswerten Aufwärtsentwicklung der Preise für einzelne NE-Metalle und Rohwolle darf nicht übersehen werden, daß sich die Notierungen einiger anderer industrieller Rohstoffe kaum veränderten. Dies gilt vor allem für Baumwolle, Kautschuk und die Energieträger. Hohe Angebotselastizität oder ungenügende Entfaltung der Nachfrage — teilweise bedingt durch die Substitutionskonkurrenz synthetischer Stoffe — verhinderten, daß die Preise dieser Rohstoffe anstiegen.

Die künftige Entwicklung der Märkte für industrielle Rohstoffe ist eng mit dem weiteren Konjunkturverlauf in den Industrieländern verknüpft. Die zu erwartende Zunahme der Nachfrage für den laufenden industriellen Bedarf dürfte kaum ausreichen, um die Marktpreise industrieller Rohstoffe in nennenswertem Umfang anzuheben. Hinzukommen müßte eine noch stärkere Lagerbildung der Verarbeiter als bisher, die indessen nicht wahrscheinlich ist.

Die Steigerungen der Nahrungs- und Genussmittelpreise waren durchschnittlich weit stärker als die der Industrierohstoffe. Sie beschränkten sich jedoch auf wenige Produkte, in erster Linie auf Zucker, ferner auf Kakao und Fleisch.

Auf dem Weltzuckermarkt dürfte sich die Lage etwas entspannen, da die Zuckerproduktion in den Angebotsländern zunimmt und die Nachfrage Westeuropas geringer sein wird als im Vorjahr. Die Versorgungsengpässe auf den internationalen Märkten von Rind- und Schweinefleisch werden vorerst noch bestehen bleiben. Diese Beurteilung stützt sich auf die unzureichende Lieferfähigkeit der traditionellen Angebotsländer bei weiter kräftig steigender Nachfrage der wichtigsten Zuschußländer. Die Brotgetreideernte lag in der westlichen Welt über dem Durchschnitt der letzten Jahre, erreichte allerdings nicht die Rekordernte des Vorjahres. Dem hohen Angebot auf dem Weltmarkt steht jedoch eine größere Nachfrage gegenüber, da Westeuropa einen größeren Einfuhrbedarf hat und die Länder des Ostblocks als Käufer auf dem Weltmarkt in Erscheinung treten. Die nach wie vor beträchtlichen Vorräte werden deshalb weiter abnehmen.

Ausblick

Wie im Jahre 1963 werden auch im kommenden Jahr Auftriebskräfte die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Welt bestimmen. In einigen Ländern wird sich das wirtschaftliche Wachstum 1964 leicht beschleunigen, während in anderen eine Dämpfung der Expansion im Zuge von Restriktionsmaßnahmen wahrscheinlich ist. Es ist damit zu rechnen, daß die Wirtschaft in den westlichen Industrieländern im Durchschnitt mit realen Fortschrittsraten von 4 bis 5 vH expandieren wird. Damit würde das wirtschaftliche Wachstum im kommenden Jahr geringfügig über dem des vergangenen Jahres liegen. Dabei wird allerdings unterstellt, daß das Steuersenkungsprogramm in den Vereinigten Staaten im Frühjahr 1964 in Kraft tritt.

Ein solches Wachstumstempo würde den von einzelnen Regierungen und internationalen Institutionen aufgestellten Wachstumszielen recht nahe kommen. Wird der Wachstumsprozeß in den einzelnen Ländern zunächst auch noch überwiegend von den gleichen Kräften getragen werden, so vollzieht er sich doch auf dem Hintergrund unterschiedlicher nationaler Angebot-Nachfrage-Konstellationen. Wo die Expansion das Hineinwachsen in vorhandene Kapazitäten erlaubt, wie in den USA, aber auch in Großbritannien, sind die Voraussetzungen für eine annähernde Preisstabilität in den kommenden Monaten weiterhin günstig. Dagegen sehen sich Frankreich und Italien vor der schwierigen Aufgabe, den Lohn-Preis-Auftrieb zu dämpfen, ohne das Wachstum des Güterangebots zu drosseln.

Auch unter längerfristigen Aspekten muß mit nationalen Unterschieden in den Wachstumsbedingungen gerechnet werden. So wird künftig in zahlreichen europäischen Industrieländern das Wachstum in erster Linie von dem Ausmaß der Produktivitätsfortschritte abhängen, da die natür-

liche Zunahme der Arbeitskräfte gering ist und auch Arbeitskraftreserven nur noch begrenzt vorhanden sind. Dem stehen zahlreiche Volkswirtschaften gegenüber, in denen das Arbeitspotential schnell wächst und die zudem auch über große sichtbare bzw. unsichtbare Arbeitskraftreserven verfügen; hier kann die Produktion auch durch einen vermehrten Arbeitseinsatz erhöht werden, während gleichzeitig auch noch Leistungssteigerungen aus strukturellen Verlagerungen möglich sind. In dem einen wie dem anderen Falle ist der Wachstumsprozeß an zunehmende Investitionen geknüpft. Dabei liegt der Schwerpunkt einmal bei der Kapitalintensivierung und zum andern bei der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Insofern bleibt grundsätzlich in den Industrieländern die Sicherung eines befriedigenden Wachstums der Investitionen eine dringliche wirtschaftspolitische Aufgabe.

Es ist nur natürlich, daß die internationalen Leistungs- und Kapitalströme einem ständigen Wandel unterliegen. Dabei kommt Abweichungen in der konjunkturellen Entwicklung der Industrieländer und ihren Ausstrahlungen auf die Wettbewerbsfähigkeit große Bedeutung zu. In einer insgesamt expandierenden Weltwirtschaft wirken sie zugleich als Auftriebsfaktor und als Bremse. So haben in letzter Zeit vor allem europäische Industrieländer von den Passivierungstendenzen der Leistungsbilanzen Italiens und Frankreichs kräftige Impulse empfangen. Diese Entwicklung war in Anbetracht der hohen Währungsreserven in diesen beiden Ländern und des anhaltenden Kapitalzufflusses in Frankreich außenwirtschaftlich unbedenklich. Überdies dürfte der Einfuhrsog mit der Dämpfung des Lohn- und Preisauftriebs in diesen Ländern auch nachlassen.

Die im Laufe dieses Sommers durch die Entwicklung der amerikanischen Kapitalexperte ausgelöste Unruhe hat sich gelegt, nicht zuletzt, weil es gelang, den Kapitalabfluß aus den USA zumindest vorübergehend einzudämmen. Immerhin hat die Regierung der Vereinigten Staaten in letzter Zeit wiederholt der Sorge Ausdruck verliehen, daß die kreditpolitischen Instanzen in Europa angesichts der konjunkturellen Konstellation die kurzfristigen Mittel verteuern könnten. Die Absprachen zwischen den Zentralbanken werden hoffentlich verhindern, daß in den führenden europäischen Volkswirtschaften eine den Dollar gefährdende Geldpolitik betrieben wird.

Die langfristigen Kapitalströme stellen die verantwortlichen Instanzen auch heute noch vor schwerwiegende Probleme. Da langfristige Kapitalbewegungen auf vielerlei Gründe zurückzuführen sind — Gewinnerwartungen, Renditerewägungen, Größe und Ergiebigkeit des Marktes und institutionelle Daten —, verlangt auch ihre Beeinflussung eine Vielzahl von Maßnahmen, die sich von dem generellen Übergang zu einer mehr zahlungsbilanzkonformen Geld- und Kreditpolitik bis zu der Beseitigung institutionell gesetzter Hemmnisse erstrecken müßten. Die gegenwärtige Beruhigung sollte nicht über die Labilität der internationalen Währungssituation hinwegtäuschen.

Das Jahr 1963 brachte den Entwicklungsländern eine Entlastung ihrer Zahlungsbilanzen. Dieses

statistisch günstige Bild überdeckt aber die Tatsache, daß die konkrete Hilfe, die die Industrieländer den Entwicklungsgebieten zuteil werden lassen, in einem unter wachstumspolitischen Aspekten kaum vertretbaren Maß reduziert worden ist. Eine in solcher Weise herbeigeführte Entspannung der Zahlungsbilanzlage in den Entwicklungsländern muß bedenklich stimmen, bedürfen doch diese Länder einer beschleunigten Expansion, um den Anschluß an die fortgeschrittene Welt zu finden.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Seit Herbstbeginn mehren sich die Zeichen, die auf eine konjunkturelle Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums in der Bundesrepublik hinweisen. Wie an dieser Stelle zur Jahresmitte 1963 vorausgeschätzt, ist in der zweiten Jahreshälfte eine Wachstumsrate des realen Sozialprodukts von ungefähr 5 vH erreicht worden. Dabei hat sich das Arbeitsvolumen nur wenig vergrößert; der Zuwachs des Sozialprodukts ist also weitgehend auf Vorgänge zurückzuführen, die die gesamtwirtschaftliche Produktivität beträchtlich erhöht haben.

Das durchaus befriedigende Wachstumstempo der Gesamtwirtschaft war im wesentlichen durch den anhaltend starken Anstieg der Auslandsnachfrage und die hohen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft bedingt. Die Konsumentennachfrage weitete sich demgegenüber in verhältnismäßig ruhigem Tempo aus. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen blieben auf das Ausmaß beschränkt, das sich im Frühjahr eingespült hat. Die Sparquote wird sich konjunkturell wohl nicht weiter erhöht haben. Da außerdem die Importe nur wenig stiegen und von der öffentlichen Hand keine gewinnschmälernden Einflüsse ausgingen, hat sich die Gewinnsituation der Unternehmen wieder gebessert.

Der Anstieg der Gewinne und vermutlich mehr noch die Erwartung einer weiteren Verbesserung der Gewinnchancen führten neuerdings zu einer Verstärkung der Investitionsneigung. Jedenfalls stehen die Inlandsaufträge an die Investitionsgüterproduzenten im Zeichen eines beachtenswerten konjunkturellen Anstiegs. Von einer nennenswerten Vermehrung auch der Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen kann bisher allerdings noch nicht die Rede sein.

Erfreulicherweise führte die Belebung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität nicht zu neuen Spannungen auf den Gütermärkten und auf dem Arbeitsmarkt. Vielmehr bahnte sich nun auch in der Bauwirtschaft ein Nachlassen des Nachfrage- drucks an. Dieser Wirtschaftsbereich zog in geringerem Umfang zusätzliche Arbeitskräfte auf sich als im Frühjahr; der zum Jahresbeginn noch sehr starke Preisaufrtrieb ließ merklich nach.

Die Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus hat sich weiter verlangsamt. Die Preise der industriellen Fertigerzeugnisse blieben im großen und ganzen weiterhin stabil. Der Anstieg des Preisniveaus für den privaten Verbrauch hat sich bisher freilich noch kaum vermindert.

Da sich der Aktivsaldo der Leistungsbilanz stark erhöht hat, ist es zu beträchtlichen Devisenzuflüssen gekommen, obwohl die Nettoeinfuhr langfristigen Kapitals nachließ. In den außenwirtschaftlichen Beziehungen bahnte sich somit ein neues Ungleichgewicht an.

Verbesserung des Investitionsklimas

Die anhaltend kräftige Exportkonjunktur, die günstigere Gewinnsituation der Unternehmen sowie neuerdings die Zunahme der inländischen Bestellungen bei zahlreichen Industriezweigen haben das Investitionsklima in der privaten Wirtschaft im Laufe des zweiten Halbjahres 1963 spürbar verbessert. Vieles spricht dafür, daß sich die Investitionsneigung in einer wachsenden Zahl von Wirtschaftsbereichen belebt. Damit steigen die Anforderungen an die Hersteller von Ausrüstungsgütern, so daß diese — auch mit Rücksicht auf die bevorstehende Arbeitszeitverkürzung in der Metallverarbeitung — ebenfalls nun wohl ihre bisherige Zurückhaltung bei der Investitionsplanung aufgeben werden.

Die konjunkturelle Zunahme der Investitionsgüternachfrage hat sich in der Entwicklung der Ausgaben für Ausrüstungen noch nicht niedergeschlagen. Es ist aber damit zu rechnen, daß dies in den nächsten Monaten der Fall sein wird.

Das Investitionsgüterangebot wird im nächsten Jahr elastisch bleiben. Da auch die vorgesehenen Lohnerhöhungen kaum Anlaß zu Preisheraufsetzungen geben, werden sich die Preise für Ausrüstungsgüter nur wenig erhöhen. Allerdings könnte sich in den Preisen eine spürbare Anhebung der Stahlpreise, wie sie auf Grund einer Erhöhung der Stahlzölle möglich ist, niederschlagen.

Die verstärkte Investitionsneigung wird auch die Bauinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft beleben. Die Lage auf dem Baumarkt wird jedoch weiterhin überwiegend von der Entwicklung des Wohnungsbaus und der öffentlichen Bautätigkeit bestimmt sein.

Im Wohnungsbau ist der Überhang an Bauaufträgen zur Jahreswende etwa ebenso hoch wie vor einem Jahr. Es kann angenommen werden, daß hier die Produktion im kommenden Jahr noch erheblich gesteigert wird, auch wenn — wie zu erwarten ist — weniger neue Aufträge hinzukommen als im vergangenen Jahr.

Die Anforderungen der öffentlichen Auftraggeber an die Bauwirtschaft werden vermutlich wieder stark zunehmen. Die gesamten Bauinvestitionen werden infolgedessen 1964 noch einmal kräftig wachsen.

In den Wintermonaten wird die Leistung der Bauwirtschaft — normale Witterung vorausgesetzt — beträchtlich höher sein als vor einem Jahr, insbesondere weil damals die Außenarbeiten durch die Kälte ungewöhnlich stark behindert worden sind. Im weiteren Verlauf des Jahres wird aber die Wachstumsrate stark sinken. Die reale Bauleistung wird dann das Vorjahresniveau kaum mehr überschreiten; das bedeutet, daß — bei unverändertem Produktivitätswachstum — Arbeitskräfte abgegeben werden können.

Da das Produktionspotential der Bauwirtschaft weiter wachsen wird, wird die Entspannung des Baumarktes im Verlauf des nächsten Jahres fortschreiten, der Preisanstieg für Bauleistungen weiter nachlassen.

Kräftig steigender Aktivsaldo der Leistungsbilanz

Der Überschuß der Leistungsbilanz hat im zweiten Halbjahr 1963 erstmals seit Mitte 1961 sein Vorjahrsniveau wieder überschritten. Bei starkem Wachstum der Ausfuhr und nur wenig zunehmender Einfuhr hat sich der Saldo im Warenhandel kräftig erhöht. Entgegen der bisherigen Entwicklung haben die Ausgaben für Dienstleistungen im zweiten Halbjahr 1963 nicht stärker zugenommen als die Einnahmen. Dies war vor allem auf die nur noch sehr schwach gestiegenen Ausgaben im Reiseverkehr zurückzuführen. Da das Defizit im Dienstleistungsbereich gleich geblieben ist, kam die Verbesserung der Warenbilanz in vollem Umfang in der Leistungsbilanz zum Ausdruck.

Die Ausfuhr ist im zweiten Halbjahr 1963 konjunkturell ebenso stark gestiegen wie in den Frühjahrsmonaten. Die Exporteure konnten auf die schon seit Beginn des Jahres kräftig wachsenden Auslandsbestellungen relativ rasch reagieren, weil in Teilbereichen der Industrie ausreichende Kapazitätsreserven vorhanden waren.

Das Schwergewicht der Exportsteigerungen lag nach wie vor beim Fahrzeugbau. In letzter Zeit haben jedoch auch die anderen für den deutschen Export wichtigen Warengruppen, wie die Erzeugnisse des Maschinenbaus, der elektrotechnischen und der chemischen Industrie, wieder stärker zum Exportanstieg beigetragen.

Die Verbesserung der Konkurrenzposition der deutschen Industrie auf wichtigen Auslandsmärkten hat diese Entwicklung begünstigt. Die Verkaufspreise für Exportgüter sind im großen und ganzen seit Ende letzten Jahres stabil geblieben. Wie im weltwirtschaftlichen Überblick dieses Berichtes dargestellt, haben sich in einigen der wichtigsten Abnehmerländer der Bundesrepublik — Frankreich, Italien — in diesem Jahr dagegen starke Preisauftriebendenzen durchgesetzt. Die Ausfuhr insbesondere nach diesen beiden Ländern hat in den letzten Monaten beschleunigt zugenommen. Aber auch in den anderen EWG-Ländern sind wieder bessere Absatzerfolge erzielt worden, wozu die EWG-Binnenzollsenkungen zum 1. Juli dieses Jahres beigetragen haben dürften. Die Ausfuhren in die EFTA-Länder und nach Nordamerika sind ebenfalls verstärkt gestiegen. Die Verbesserung der Erlössituation in den Rohstoffländern, die Inanspruchnahme von Kreditzusagen der Bundesregierung im Rahmen der Entwicklungshilfe und die Aufhebung von Importbeschränkungen in einigen Ländern ließen die Exporte nach Afrika und neuerdings auch nach Asien erheblich steigen.

Die kommerzielle Wareneinfuhr hat seit der Jahresmitte konjunkturell kaum noch zugenommen. Günstige Ernteergebnisse in diesem Jahr sowie die Verknappung des ausländischen Angebots an tierischen Produkten haben zu einer Stagnation der ernährungswirtschaftlichen Einfuhren geführt. Die Entwicklung der Importe von

Rohstoffen und Halbwaren war leicht aufwärts gerichtet. Die Einfuhr von kommerziellen Fertigwaren ist seit einigen Monaten in Übereinstimmung mit der Nachfragesituation im Inland nur noch wenig gestiegen; auch Veränderungen der Preisrelationen zuungunsten der ausländischen Anbieter haben dabei wohl eine Rolle gespielt. Die Rüstungsgütereinfuhren erreichten nicht mehr ganz das sehr hohe Niveau des ersten Halbjahrs, lagen aber noch erheblich über dem des Vorjahrs.

Im ersten Halbjahr 1964 wird sich die Wareneinfuhr konjunkturell nur leicht erhöhen. Für eine rasche Zunahme sind im Augenblick keine Gründe zu erkennen. Die Einfuhr von Ernährungsgütern wird voraussichtlich nicht steigen. Das Wachstum der Rohstoff- und Halbwareneinfuhren dürfte sich kaum beschleunigen. Auch die kommerzielle Fertigwareneinfuhr wird konjunkturell vermutlich nicht stärker steigen als bisher. Die Rüstungsgütereinfuhren werden ihr hohes Niveau wahrscheinlich nicht überschreiten.

Von der Konjunktorentwicklung in der westlichen Welt werden auch auf die deutsche Wirtschaft weitere Impulse ausgehen, die sich vermutlich in erneut steigenden Auslandsbestellungen niederschlagen werden. Die Expansion der Warenausfuhr dürfte sich daher in der ersten Hälfte des kommenden Jahres fortsetzen, wenn auch nicht mehr im gegenwärtigen Tempo.

Unter diesen Umständen ist mit einer kräftigen Erhöhung des Aktivsaldos der Warenbilanz gegenüber dem ersten Halbjahr 1963 zu rechnen. Der Passivsaldo der Dienstleistungsbilanz dürfte dagegen nur wenig zunehmen, so daß der gesamte Leistungsbilanzüberschuß weiter annähernd ebenso stark wie der Aktivsaldo der Warenbilanz ansteigen wird.

Wenig verringerter Überschuß der öffentlichen Haushalte

Von den öffentlichen Haushalten gingen in der zweiten Jahreshälfte 1963 kaum anregende Einflüsse auf die Einkommensbildung aus.

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sind — im Vorjahrsvergleich gesehen — im zweiten Halbjahr 1963 zwar etwas stärker gewachsen als in der ersten Jahreshälfte. Konjunkturell dürfte sich ihr Wachstum jedoch weiter verlangsamt haben, so daß sie im Gegensatz zu den Vorjahren nur noch etwa ebenso stark zunahmten wie das Sozialprodukt.

Das geringere konjunkturelle Wachstum der öffentlichen Einnahmen wurde im wesentlichen durch den Verlauf der Steuereingänge bestimmt. Schwach war vor allem der Anstieg des Umsatzsteueraufkommens, der sich auch nach Überwindung der Einflüsse des strengen Winters nicht nennenswert beschleunigte. Merklich unter dem Wachstum des Sozialprodukts lagen auch weiterhin die Einnahmen aus Gewinnsteuern, bei denen sich die abgeschwächte Gewinnentwicklung während der vergangenen Jahre auswirkte. Bedeutend kräftiger als das Sozialprodukt stieg zwar nach wie vor das Aufkommen an Lohnsteuer, doch hat sein Wachstum in Übereinstimmung mit der

Entwicklung der Lohn- und Gehaltssätze weiter nachgelassen.

Die staatlichen Ausgaben im Inland sind im zweiten Halbjahr 1963 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum etwa ebenso stark gewachsen wie das Sozialprodukt und damit geringfügig stärker als die öffentlichen Einnahmen. Besonders kräftig war die Wachstumsminde- rung der Inlandsausgaben für den Staatsverbrauch. Dies ergab sich vor allem aus der Entwicklung der Verteidigungsausgaben. Auch beim zivilen Staatsverbrauch war eine Verlangsamung des Wachstumstempos zu verzeichnen, vornehmlich infolge der geringeren Steigerung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst.

Die öffentlichen Ausgaben für Einkommens- und Vermögensübertragungen (Sozialleistungen, Wiedergutmachung u. ä.) nahmen etwa ebenso stark zu wie bisher. Bei den Investitionen war zwar im Vorjahresvergleich eine sehr hohe Zunahme zu beobachten; schaltet man die Wirkungen des strengen Winters aus, so ergab sich für ihr Wachstum jedoch eher eine Verlangsamung. Der inlandswirksame Überschuß der öffentlichen Haushalte¹⁾ dürfte konjunkturell nahezu unverändert geblieben sein.

Im Jahre 1964 wird sich das Wachstum der Staatseinnahmen zwar voraussichtlich nicht verändern, aber nun etwas hinter dem des Sozialprodukts zurückbleiben. Von den Steuern ist vorerst keine spürbare Beschleunigung des Einnahmewachstums zu erwarten. Einmal werden die Lohnsteuereinnahmen nur etwa ebenso stark steigen wie 1963. Zum andern kann sich die Besserung der Gewinnsituation der Unternehmungen noch nicht im Gewinnsteueraufkommen niederschlagen. Der Anstieg der Inlandsausgaben dürfte sich im kommenden Jahr etwas verstärken. Er wird größer sein als das Wachstum der laufenden Einnahmen und des Sozialprodukts. Die inlandswirksamen Überschüsse werden demnach 1964 geringer sein als 1963.

Ruhigere Lohnentwicklung — verbesserte Gewinnsituation

Entgegen dem Eindruck, den der Vorjahresvergleich vermittelt, hat sich das konjunkturelle Wachstum des Einkommens aus unselbständiger Arbeit im zweiten Halbjahr eher verlangsamt. Schon im Frühjahr hatten die Tarifpartner auf Grund der Auflockerung des Arbeitsmarktes geringere Erhöhungen der Löhne und Gehälter vereinbart. Dabei wurden in gewichtigen Bereichen Lohnerhöhungen schon für das kommende Jahr beschlossen, und zwar niedrigere als für das laufende Jahr. Von der Entwicklung des Arbeitsvolumens gingen konjunkturell keine retardierenden Einflüsse auf das Wachstum der Einkommen aus unselbständiger Arbeit aus.

Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind in der zweiten Jahreshälfte konjunkturell beschleunigt gestiegen. Hierzu hat beigetragen, daß sich die Kosten-Erlös-Relation besserte, da sich Lohnentwicklung und Produk-

tivitätsfortschritt einander weiter angleichen. Die Netto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind rascher gestiegen als die Bruttoeinkommen; die Belastung mit Steuern und Abgaben hat sich in den letzten Monaten vermindert.

Erfahrungsgemäß wachsen die verteilten und entnommenen Gewinne verhältnismäßig kontinuierlich; es ist deshalb anzunehmen, daß die konjunkturelle Belebung hauptsächlich den Selbstfinanzierungsspielraum der Unternehmungen erweitert hat.

Die aufgeführten Tendenzen werden aller Voraussicht nach auch in den kommenden Monaten anhalten, so daß mit einer weiteren konjunkturellen Verlangsamung des Wachstums der Einkommen aus unselbständiger Arbeit gerechnet werden muß und eine weitere Verbesserung der Gewinnsituation erwartet werden darf. Im Vorjahresvergleich kommt die genannte Entwicklung infolge der außergewöhnlichen Witterungseinflüsse im ersten Halbjahr 1963 nicht voll zum Ausdruck.

Unveränderte Zunahme des privaten Verbrauchs

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist in den letzten Monaten konjunkturell weiter gestiegen, und zwar in kaum vermindertem Tempo. Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit ist etwas langsamer gewachsen, die übertragenen Einkommen und wahrscheinlich auch die verteilten Gewinne nahmen dagegen fast ebenso rasch wie bisher zu.

Die Ausgaben der privaten Haushalte haben sich im großen und ganzen im Einklang mit der Entwicklung des verfügbaren Einkommens erhöht. Die Sparneigung blieb bemerkenswert hoch.

Das Preisniveau des gesamten privaten Verbrauchs ist gegen Ende des Jahres wieder gestiegen, nachdem es im Sommer wegen reichlicher Ernten zurückgegangen war. Der Anstieg der Preise für gewerbliche Fertigwaren blieb gering; die Preise für Handwerks- und Dienstleistungen erhöhten sich nach wie vor erheblich.

Für die kommenden Monate ist bei Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte nicht mit einem nennenswerten Wandel der bisherigen Tendenzen zu rechnen. Allerdings steht noch nicht fest, wann und in welchem Maße die vorgesehenen Verbesserungen im Bereich der Sozialleistungen (Kriegsopferversorgung, Kindergeld) wirksam werden. Auf jeden Fall werden die übertragenen Einkommen auf Grund der bereits beschlossenen und vorgesehenen Verbesserungen rascher steigen als bisher. Demgegenüber dürfte sich die Zunahme der Lohn- und Gehaltssumme infolge der vereinbarten geringeren Lohnerhöhungen weiter verlangsamten, zumal auch die Arbeitszeit verkürzt wird.

Das ungewöhnlich hohe Niveau der Sparquote der privaten Haushalte im abgelaufenen Jahr läßt eher eine Verminderung als eine weitere Erhöhung der Quote erwarten. Aber auch dann dürfte sich das Wachstum des privaten Verbrauchs in den kommenden Monaten konjunkturell nicht nennenswert beschleunigen.

¹⁾ Überschuß der laufenden Einnahmen des Staates über seine Inlandsausgaben für Verbrauch, Investitionen und Übertragungen.

Das Preisniveau des privaten Verbrauchs wird im ersten Halbjahr 1964 weiter steigen, wenn auch voraussichtlich in etwas schwächerem Maße als bisher. Dabei dürften die stärksten Preissteigerungen wiederum von den Dienstleistungen und den Mieten ausgehen, während sich die gewerblich erzeugten Verbrauchs- und Gebrauchsgüter verhältnismäßig wenig verteuern werden. Vom Angebot an Ernährungsgütern ist im ersten Halbjahr 1964 wahrscheinlich noch keine Entlastung zu erwarten; die Preise für tierische Erzeugnisse werden vermutlich ihren hohen Stand beibehalten.

Nachlassende Fremdfinanzierung — erhöhte Bankenliquidität

Der Anteil der Fremdmittel an der Finanzierung der privaten Investitionen, der in den letzten Jahren ständig gewachsen war, hat sich im zweiten Halbjahr 1963 verringert. Dieser Rückgang, dem eine verstärkte Selbstfinanzierung entsprach, beruhte darauf, daß — wie erwähnt — der Leistungsbilanzüberschuß kräftig zunahm. Seine Zunahme übertraf den Anstieg der Ersparnisbildung der privaten Haushalte, der inlandswirksame Einnahmeüberschuß der öffentlichen Hand blieb nahezu unverändert.

Da auch im kommenden Jahr der Leistungsbilanzüberschuß voraussichtlich stark steigen wird und der Überschuß der öffentlichen Hand sogar abnehmen dürfte, ist damit zu rechnen, daß der Bedarf der Wirtschaft an fremden Mitteln weiter zurückgehen wird.

Die Liquiditätssituation der Kreditinstitute hat sich im zweiten Halbjahr erstmals seit längerem wieder verbessert. Die Banken erhielten in stark erhöhtem Umfang Mittel aus den Deviseneingängen der Wirtschaft. Diese Zunahme der Deviseneingänge resultierte nicht, wie im ersten Halbjahr, aus erhöhten Kapitalimporten, sondern aus dem kräftigen Anstieg des Überschusses der kommerziellen Leistungsbilanz. Hinzu kam, daß die öffentliche Hand, die den Banken bisher immer Liquidität entzogen hatte, ihnen im zweiten Halbjahr Liquidität zuführte. Dieser Liquiditätsstrom war die Reaktion auf den starken Liquiditätsentzug im ersten Halbjahr: damals hatte der Bund einen erheblichen Teil seiner Anleiheerlöse nicht sofort ausgegeben, sondern vorübergehend bei der Bundesbank belassen.

Im zweiten Halbjahr war der Liquiditätszufluß aus den beiden erwähnten Quellen erheblich größer als der Liquiditätsentzug durch die Zunahme des Bargeldumlaufs und der Mindestreserven.

Im nächsten Jahr wird sich der Liquidisierungsprozeß voraussichtlich fortsetzen. Zwar wird die öffentliche Hand den Banken wieder wie bis zur Mitte dieses Jahres Liquidität entziehen; indes wird der Liquiditätsentzug geringer sein als der Zustrom auf Grund der Devisentransaktionen mit der Wirtschaft.

Unter diesen Umständen wird sich voraussichtlich die Anlagebereitschaft der Banken auf dem Rentenmarkt wieder erhöhen. Dies wird die sich schon jetzt andeutende Tendenz zur Senkung des Kapitalzinses verstärken. Das Ausmaß der Zins-

senkung läßt sich allerdings schwer abschätzen, denn es ist ungewiß, wie stark die ausländischen Wertpapierkäufer bei einer Ermäßigung des deutschen Kapitalzinses und bei möglicherweise nach oben tendierenden Sätzen an den ausländischen Kapitalmärkten ihre Käufe einschränken werden.

Sollte der Netto-Import von langfristigen Mitteln nicht fühlbar nachlassen, könnte die Bundesbank erneut vor die Aufgabe gestellt sein, den Zahlungsbilanzüberschuß in erträglichen Grenzen zu halten.

Ausblick

Das reale Bruttosozialprodukt wird im ersten Halbjahr 1964 konjunkturell etwa im gleichen Tempo wachsen wie in den letzten Monaten. Für das ganze Jahr 1964 kann mit einer Wachstumsrate von 5 bis 5½ vH gerechnet werden. Die Wachstumsrate des nominalen Sozialprodukts ist auf reichlich 7 vH zu veranschlagen.

Der Wandel in der Konstellation der das Wachstum tragenden Kräfte, der sich bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1963 angebahnt hat, wird im kommenden Jahr noch stärker in Erscheinung treten. Die Belebung der Investitionsneigung, die sich bisher nur in stark wachsenden Auftragserteilungen niederschlug, wird nun dazu führen, daß die Ausgaben der Unternehmen für Ausrüstungsinvestitionen rascher zunehmen werden als bisher. Allerdings wird sich diese Entwicklung in der ersten Hälfte des kommenden Jahres noch in engen Grenzen halten.

Die Ausgaben für Bauinvestitionen werden sich — auf das ganze Jahr gesehen — noch einmal kräftig erhöhen.

Auch die Ausfuhr wird weiter steigen, wahrscheinlich aber fürs erste nicht mehr ganz so rasch wie in den vergangenen Monaten. Auf jeden Fall wird von der Leistungsbilanz ein verhältnismäßig starker Impuls auf die Ausweitung der Gesamtnachfrage ausgehen.

Demgegenüber werden die Ausgaben der privaten Haushalte wohl etwa im gleichen Tempo zunehmen wie in den vergangenen Monaten, ebenso die Ausgaben für den Staatsverbrauch.

Das reale Wachstum, das sich unter diesen Umständen für das kommende Jahr voraussichtlich ergibt, kann als durchaus befriedigend angesehen werden.

Jedenfalls besteht gegenwärtig kein Anlaß für konjunkturpolitische Aktivität. Wünschenswert wäre lediglich eine den jeweiligen Angebotsmöglichkeiten angepaßte Verteilung der öffentlichen Bauaufträge über das ganze Jahr.

Konjunkturpolitisch zu begrüßen ist, daß nun die Ausrüstungsinvestitionen wieder stärker zum Zuge kommen, da eine möglichst kontinuierliche Entwicklung auf diesem Gebiet die besten Voraussetzungen für optimales gleichgewichtiges Wachstum der Gesamtwirtschaft schafft.

Zwei Schwachpunkte sind freilich in der wirtschaftspolitischen Situation nicht zu übersehen. Der Anstieg des Preisniveaus ist noch nicht zum

Stillstand gekommen. Der zweite Schwächepunkt ist darin zu sehen, daß sich das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht in Gestalt wachsender Zahlungsbilanzüberschüsse mit großer Wahrscheinlichkeit im kommenden Jahr noch verstärken wird.

Die Möglichkeiten, mit autonomen wirtschaftspolitischen Maßnahmen beiden Schwächepunkten entgegenzuwirken, sind, wie die Erfahrung gezeigt hat, gering. Es bleibt nur die Hoffnung, daß die Bemühungen um eine internationale Übereinstimmung in den konjunkturpolitischen Zielen und um eine darauf aufbauende Koordinierung der Wirtschaftspolitik, namentlich innerhalb des

EWG-Raumes, von größeren Erfolgen gekrönt sein werden als bisher.

* * *

Wegen des Einbruchs, den der vergangene ungewöhnlich kalte Winter mit sich gebracht hatte, wird in der Tabelle darauf verzichtet, die Wachstumsraten im Vorjahresvergleich für die beiden Halbjahre 1964 aufzuführen. Die hohen Wachstumsraten, die sich für die erste Jahreshälfte, und die niedrigen Raten, die sich für die zweite Jahreshälfte ergäben, könnten allzu leicht als Beschleunigung und darauffolgende Verlangsamung gedeutet werden. Beides würde der konjunkturellen Entwicklung nicht gerecht.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für das zweite Halbjahr 1963 und das Jahr 1964
 Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr in vH

	1961	1962	1963	1963		1964
				1. Hj.	2. Hj.	
Entstehung des Sozialprodukts, real						
Beschäftigte Arbeitnehmer	2,2	1,8	1,0	1,0	1,0	0,7
Arbeitszeit ¹⁾	-1,0	-1,5	-1,7	-3,0	-0,2	0,0
Arbeitsvolumen	1,2	0,3	-0,7	-2,0	0,8	0,7
Produktivität ²⁾	4,3	4,1	4,1	3,6	4,3	4,6
Bruttoinlandsprodukt	5,6	4,4	3,4	1,5	5,1	5,3
Einkommensbildung, nominal						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	12,5	10,7	7,3	6,5	8,0	6,2
Nettolohn- und -gehaltssumme	11,9	10,1	6,5	5,4	7,5	5,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	5,4	4,6	3,0	-1,7	7,3	10,4
Nettogewinne ³⁾	1,4	2,6	2,5	-4,2	8,4	13,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	10,4	8,9	6,2	5,7	6,7	6,2
Verwendung des Sozialprodukts, nominal						
Privater Verbrauch	9,7	9,0	5,7	5,0	6,2	6,3
Staatsverbrauch	14,9	14,2	10,0	13,5	6,5	6,5
Ausrüstungsinvestitionen	14,2	9,4	2,2	1,3	3,0	4,5
Bauinvestitionen	14,4	13,1	8,0	0,0	15,0	14,0
Ausfuhr	4,6	4,7	7,5	4,2	10,7	10,0
Einfuhr	5,9	10,6	7,2	7,1	7,3	7,9
Bruttosozialprodukt	10,0	8,8	6,2	4,4	7,8	7,5
Preisniveau						
Privater Verbrauch	2,8	3,2	3,0	3,3	2,5	2,2
Ausrüstungsinvestitionen	2,4	3,5	0,7	1,0	0,5	0,5
Bauinvestitionen	7,0	7,7	5,3	6,2	4,7	3,7
<i>Anmerkung:</i> Zahlen für 1961 und 1962 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und nach eigenen Berechnungen. Zahlen für 1963 und 1964 nach Schätzungen der beteiligten Institute. — Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Saarland und Berlin (West).						
¹⁾ Einschließlich Veränderung der Zahl der Arbeitstage. — ²⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt je Arbeitnehmerstunde. — ³⁾ Ohne Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.						

Der nächste Wochenbericht erscheint als Doppelnummer am 10. Januar 1964.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hiß, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
 Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9.
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, 1 Berlin 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany
 Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Hierzu zwei Zahlenbeilagen —

Gegenstand	Einheit†)		1962						1963								
			Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
UdSSR																	
Kohle, gesamt ¹⁾²⁾	Mill. t	VS	.	.	129	.	.	130	.	.	131	.	.	131	.	.	135
Erdöl	"	"	.	.	47,7	.	.	49,0	.	.	48,6	.	.	50,4	.	.	53,0
Stromerzeugung, gesamt	Mrd. kWh	"	.	.	57,0	.	.	132,0	.	.	95,9	.	.	103,4	.	.	69,0
Eisenerz	Mill. t	"	.	.	33,0	.	.	32,9	.	.	32,7	.	.	34,3	.	.	36,0
Roheisen	"	"	.	.	13,8	.	.	14,4	.	.	14,1	.	.	14,6	.	.	14,9
Rohstahl	"	"	.	.	18,9	.	.	19,8	.	.	19,5	.	.	20,1	.	.	20,0
Walwerkserzeugnisse	"	"	.	.	14,7	.	.	15,4	.	.	15,5	.	.	15,5	.	.	15,3
Kraftfahrzeuge ³⁾	1 000 St.	"	.	.	145	.	.	146	.	.	147	.	.	146	.	.	150
Traktoren ⁴⁾	"	"	.	.	74	.	.	77	.	.	79	.	.	80	.	.	82
Zement	Mill. t	"	.	.	14,3	.	.	15,3	.	.	14,9	.	.	15,4	.	.	15,4
Schwefelsäure	"	"	.	.	1,5	.	.	1,7	.	.	1,7	.	.	1,7	.	.	1,6
Mineraldünger, ges. (Reingehalt)	"	"	.	.	4,2	.	.	4,8	.	.	4,6	.	.	4,8	.	.	4,8
Baumwollgewebe	Mrd. qm	"	.	.	1,2	.	.	1,2	.	.	1,3	.	.	1,2	.	.	1,3
Papier, ges.	Mill. t	"	.	.	0,7	.	.	0,7	.	.	0,7	.	.	0,7	.	.	0,7
Bulgarien																	
Kohle, gesamt ¹⁾⁵⁾	1 000 t	VS	.	.	5269	.	.	5157	.	.	4610	.	.	5500	.	.	5641
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	S/VS	532	536	516	523	518	558	531	509	578	544	548	572	572	573	1914
Kupfererzkonzentrat 20% ⁶⁾	1 000 t	"	8,2	8,6	7,9	8,7	8,3	8,3	5,6	7,3	8,1	8,1	7,5	7,3	7,3	7,3	.
Bleierzkonzentrat 70% ⁶⁾	"	"	11,8	13,1	11,6	12,5	11,5	11,1	9,6	8,9	10,7	11,0	10,8	11,0	11,0	11,0	.
Rohstahl	"	"	35,9	35,2	33,5	34,4	37,8	38,0	33,4	34,5	42,0	36,3	39,3	39,5	39,5	39,5	114
Stickstoffdünger (Reingehalt)	"	"	6,8	7,0	7,6	7,4	8,2	8,2	6,4	5,5	7,7	6,3	7,6	6,3	6,3	6,3	26,2
Polen																	
Bruttoproduktion d. soz. Ind.	1955 = 100		178,6	188,4	189,1	206,2	210,6	202,3	181,3	173,2	203,0	189,4	201,3	194,8	186,9	200,0	203,7
Steinkohle	1 000 t	S	9172	9494	8910	9734	9491	8433	9501	8853	9838	9145	9745	8712	9383	9828	9418
Koks ⁶⁾	"	"	1100	1116	1092	1147	1118	1158	1157	1048	1184	1143	1181	1142	1175	1168	1133
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	2667	2785	2863	3226	3312	3492	3363	2965	3234	2883	2903	2715	2805	2922	2936
Roheisen ⁷⁾	1 000 t	"	447	457	438	450	438	470	444	404	472	444	470	445	458	452	445
Rohstahl	"	"	645	634	630	660	651	687	633	598	695	655	673	682	646	649	660
Walwerkserzeugnisse	"	"	439	437	444	457	437	432	431	429	480	428	461	443	435	461	451
Zink	"	"	15,4	15,4	15,3	16,4	15,8	16,4	13,3	13,1	15,9	15,2	15,7	15,1	15,6	15,4	15,2
Stickstoffdünger, (Reingehalt)	"	"	23,8	24,5	25,2	26,6	27,4	28,7	22,3	25,1	30,1	27,2	26,2	27,1	25,1	27,7	29,2
Baumwollstoffe	Mill. m	"	58,8	62,1	60,6	58,9	59,7	57,2	56,0	51,8	64,6	58,9	63,1	57,0	54,3	61,4	61,9
Beschäftigte in soz. Industrie	1 000	"	3212	3221	3278	3339	3355	3546	3289	3279	3291	3304	3311	3331	3345	3354	.
Einzelhandelsumsatz ⁸⁾	Mrd. Zloty	"	19,6	20,4	20,8	22,4	21,3	24,7	15,9	16,6	21,1	22,5	21,3	20,6	20,8	21,9	21,3
Einfuhr, gesamt	Mill. Zloty	"	473,0	624,0	589,9	600,6	698,5	1030,5	388,7	451,7	794,8	545,2	714,3	800,3	553,2	660,1	.
Ausfuhr, gesamt	"	"	369,0	496,0	669,6	442,3	634,1	976,5	281,4	302,9	669,1	417,3	608,7	767,8	417,5	584,1	.
Einfuhr aus den Ostblockstaaten ⁹⁾	"	"	293,5	387,3	400,6	411,1	457,0	652,8	270,6	306,0	513,8	382,5	436,2	455,4	404,3	452,2	.
Ausfuhr nach d. Ostblockstaaten ⁹⁾	"	"	217,9	291,6	405,9	277,6	363,4	611,7	138,0	178,5	423,3	245,5	381,1	474,3	250,0	334,1	.
Tschechoslowakei																	
Bruttoprod. d. gesamten Industrie	in VII der Vorjahrszeit	VS	.	.	105,6	.	.	105,5	.	.	96,6	.	.	101,0	.	.	.
Steinkohle, Bruttoprod.	1 000 t	"	.	.	6920	.	.	7291	.	.	7157	.	.	7218	.	.	.
Braunkohle ¹⁰⁾	"	"	.	.	16906	.	.	16591	.	.	16321	.	.	17399	.	.	.
Koks, gesamt	"	"	.	.	2281	.	.	2314	.	.	2234	.	.	2321	.	.	.
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	.	.	6797	.	.	7686	.	.	7273	.	.	7041	.	.	.
Eisenerz, roh	1 000 t	"	.	.	826	.	.	854	.	.	892	.	.	883	.	.	.
Roheisen	"	"	.	.	1332	.	.	1286	.	.	1118	.	.	1380	.	.	.
Rohstahl	"	"	.	.	1939	.	.	1943	.	.	1664	.	.	1989	.	.	.
Walwerkserzeugnisse ¹¹⁾	"	"	.	.	1268	.	.	1262	.	.	1071	.	.	1344	.	.	.
Personenkraftwagen	Stück	"	.	.	14625	.	.	17041	.	.	14811	.	.	14944	.	.	.
Chemische Düngemittel ¹²⁾	1 000 t	"	.	.	78,5	.	.	88,2	.	.	78,3	.	.	89,4	.	.	.
Baumwollgewebe ¹³⁾	Mill. m	"	.	.	113,1	.	.	121,8	.	.	123,8	.	.	126,8	.	.	.
Beschäftigte in der Industrie ¹³⁾	1 000	VD	.	.	2451	.	.	2479	.	.	2431	.	.	2418	.	.	.
Einfuhr, gesamt	Mill. Kcs	VS	.	.	3591	.	.	4133	.	.	3106	.	.	4042	.	.	.
Ausfuhr, gesamt	"	"	.	.	3813	.	.	4300	.	.	3488	.	.	4555	.	.	.
Einfuhr aus den Ostblockstaaten ⁹⁾	"	"	.	.	2531	.	.	3050	.	.	2124	.	.	2808	.	.	.
Ausfuhr nach d. Ostblockstaaten ⁹⁾	"	"	.	.	2787	.	.	3009	.	.	2438	.	.	3354	.	.	.
Rumänien																	
Kohle, gesamt ¹⁾¹⁴⁾	1 000 t	S	799	772	797	852	864	822	779	769	878	869	847	848	911	852	858
Erdöl	"	"	1016	1020	988	1019	993	1022	1014	921	1025	998	1032	1007	1042	1043	1016
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	816	804	838	917	923	999	945	890	982	938	925	903	940	941	957
Eisenerzförderung	1 000 t	"	156,8	152,3	146,9	166,4	163,9	165,9	137,9	160,9	183,1	189,6	184,8	200,1	212,9	209,3	205,0
Rohstahl	"	"	214,6	209,9	208,4	219,0	215,9	220,8	181,4	190,2	236,9	235,8	234,0	230,3	230,7	214,4	219,9
Beschäftigte in ges. Industrie	1 000	VD	.	.	1484,6	.	.	1498,4	.	.	1484,0	.	.	1523,1	.	.	1547,5
Ungarn																	
Nettoprod. der staatl. Industrie	1960 = 100		118	122	129	132	126	125	113	106	125	112	128	127	131	132	139
Kohle, gesamt ¹⁾¹⁵⁾	1 000 t	S	2434	2487	2356	2519	2383	2310	2597	2512	2555	2292	2565	2454	2654	2627	2519
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	723	730	748	822	800	843	845	774	814	723	757	716	772	807	821
Bauxit	1 000 t	"	141	145	138	152	113	123	100	95	113	103	136	124	120	110	93
Rohstahl	"	"	204	198	195	201	196	201	198	181	207	200	209	202	201	192	181
Beschäftigte in der Industrie ¹⁶⁾	1 000	VD	.	.	1422	.	.	1417	.	.	1394	.	.	1414	.	.	.
Jugoslawien																	
Bruttoproduktion d. ges. Industrie	1962 = 100		91	101	105	114	108	114	91	96	114	115	114	117	110	117	122
Kohle, gesamt ¹⁾¹⁷⁾	1 000 t	S	1923	2211	2117	2213	2114	2276	2065	2248	2390	2284	2120	2187	2311	2450	2237
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	861	884	915	931	1021	1176	1154	1070	1187	1099	1079	1051	1059	1071	1073
Rohstahl	1 000 t	"	132,1	131,8	121,4	137,7	133,8	136,9	118,2	112,9	135,7	142,9	137,3	131,9	130,9	127,6	129,4
Elektrolytkupfer	"	"	4,9	4,9	4,4	4,3	3,6	3,1	2,6	1,7	2,1	3,3	4,8	5,0	5,2	5,7	5,4
Blei, raff.	"	"	6,6	7,7	8,4	9,8	9,8	9,7	7,8	6,2	7,9	8,4	9,0	8,4	8,7	10,1	8,5
Beschäftigte in soz. Industrie ¹⁸⁾	1 000	D	1180	1183	1191	1189	1184	1171	1173	1178	1181	1198	1210	1222	1235	1255	.
Einfuhr, gesamt ¹⁹⁾	Mrd. Dinar	S	26,9	22,7	21,0	18,6	19,7	23,7	21,8	20,4	27,3	29,2	30,1	29,2	27,7	28,8	22,5
Ausfuhr, gesamt	"	"	17,3	18,0	20,4	21,2	21,1	22,9	16,4	15,3	19,3	18,6	19,1	20,0	20,9	20,0	18,6
Einfuhr aus den Ostblockstaaten ²⁰⁾	"	"	4,7														